

BERLINER RUNDSCHAU



**Auf dem Weg ins
Bildungschaos**

BILDUNGSKRISE ZUM SCHULANFANG

BERLINS CDU IN DER DENKWERKSTADT

WOHNUNGSPOLITIK, ABER RICHTIG

Wussten Sie schon, dass ...

... in Berlin zum Schuljahr 2021/2022 zwischen 9.500 und 26.000 Schulplätze fehlen werden?

... Berlin mit 11,7 % bundesweit die meisten Schulabgänger ohne Abschluss hat?

... 60 % der neuen Lehrkräfte Quer- und Seiteneinsteiger sein werden?

... drei Viertel der Berliner Grundschüler nicht dem Regelstandard genügen und die Hälfte sogar noch darunter bleibt (lt. Studie Vera3)?

... 360.031 Schüler die 773 allgemeinbildenden Schulen in Berlin besuchen, an denen 33.589 Lehrer unterrichten?

... sich in Berlin die größte Schule Deutschlands befindet; das von 6500 Schülern besuchte Oberstufenzentrum Handel?

... 12,5 % der Minderjährigen in Berlin auf Grund von Depression und Schulangst behandelt werden – 10 % mehr als in anderen Großstädten?

... das Herzogtum Pfalz-Zweibrücken im Jahre 1592 die erste allgemeine Schulpflicht der Welt eingeführt hat?

... sich die nördlichste Schule der Welt auf Spitzbergen befindet und die Schüler dort auch Rentierhäutung, Eisbärabwehr und Lawinenrettung lernen?

„Ich lade Sie herzlich ein, an unseren Ideen für die Zukunft Berlins mitzuarbeiten. Berlin verdient Besseres als diese Koalition des Grauens.“



Liebe Leserinnen und Leser,

der rot-rot-grüne Senat ist schwach, zerstritten und ideenlos. Das ist wahrlich keine neue Erkenntnis, aber in diesen Wochen erleben wir das Regierungsversagen der Linkskoalition wie unter einem Brennglas. Das Scheitern von Rot-Rot-Grün ist mit Händen zu greifen.

Aufregertes Thema Nummer eins: der Bildungsnotstand. Berlins Grundschüler schneiden in Vergleichstests katastrophal ab, in keinem anderen Bundesland verlassen so viele Schüler die Schule ohne Abschluss, zwei Drittel der neuen Lehrer sind Quer- oder Seiteneinsteiger. Und jetzt fehlen quasi über Nacht auch noch 25.000 Schulplätze (oder doch „nur“ 9.500?). Zur Bildungskrise kommt die Sicherheitskrise. Im Görlitzer Park muss sich die


Polizei von den Dealern auf der Nase herumtanzen lassen. Die Clankriminalität floriert, und in der Rigaer Straße attackieren linksextremistische Gewalttäter inzwischen neben Polizisten sogar Journalisten. Gleichzeitig verkommt Berlin zum nächtlichen Erlebnispark für Autozündler.

Auch der Senat hat das Auto als Hassobjekt ausgemacht. Die Marksteine einer verkorksten Verkehrspolitik lauten Dieselfahrverbote, Tempo 30 auf Hauptstraßen, City-Maut, Parkgebührenwucher, Begegnungszonen und Parklets. Beim ÖPNV-Ausbau fehlt ein klares Konzept. Urbane Mobilität? Fehlannonce. Ein faires Miteinander aller Verkehrsträger sieht wahrlich anders aus. Und schließlich ist da noch der Bereich Wohnen und Bauen. Der Senat verfehlt regelmäßig seine Neubauziele. Schlimmer

noch: Mit dem Gerede von Mietendeckel und Enteignungen vertreibt Rot-Rot-Grün alle, die in Berlin bezahlbaren Wohnraum schaffen wollen, aus der Stadt. Ergebnis: Der Mangel wächst, die Mieten steigen weiter, und Besserung ist nicht in Sicht.

Das alles ist ein Panorama des Schreckens. Es muss der Anspruch der Berliner CDU sein, unsere Antworten zu formulieren und deutlich zu machen. Daher lade ich Sie herzlich ein, an unseren Ideen für die Zukunft Berlins mitzuarbeiten. Berlin verdient Besseres als diese Koalition des Grauens.

Mit den besten Grüßen


Kai Wegner
Landesvorsitzender

In dieser Ausgabe ...

... lesen Sie nicht nur zum Schwerpunkt Bildung (S. 2, 4+5),



Sondern finden auch alle Informationen zur Neuwahl des Landesvorstandes (S. 6 + 7)



Ein Dauerthema ist unser Bemühen um mehr Wohnraum (S. 8+9).



Und schließlich laden wir Sie ein – zur zweiten DENK-WERK-STADT und zur Bewerbung beim Eberhard Diepgen Preis (S. 16).

NEULICH IM NEWSLETTER

BLICKPUNKT BERLIN Newsletter der CDU Berlin



Jeden Freitag gibt es den aktuellen Newsletter des CDU-Generalsekretärs Stefan Evers. Hier einige Auszüge. Anmeldung unter Aktuelles auf www.cdu.berlin

1000 Euro Belohnung!

Allein im vergangenen Juli gingen 64 Autos in Berlin in Flammen auf. Die CDU Berlin hat 1000 Euro Belohnung für Hinweise ausgelobt, die zur Ergreifung der Täter führen. Die CDU Neukölln hat den Betrag um weitere 200 Euro aufgestockt. Es ist nicht hinnehmbar, dass Kriminelle seit Jahren immer wieder Menschen in Gefahr bringen und ihr oft kostbarstes Eigentum zerstören!



Zahl der Woche



Mindestens so viele Autos sind in diesem Jahr in Berlin schon durch Brandstiftung zerstört oder beschädigt worden.

Zitat der Woche

„Diese Bildungskrise ist schon lange eine Scheeres-Krise“

So zitiert die FAZ unseren Landesvorsitzenden Kai Wegner.

Schwerpunkt Bildung



Die CDU-Fraktion setzt die Weichen Richtung Zukunft. Auf Vorschlag unseres Fraktionsvorsitzenden Burkard Dregger wurde Dirk Stettner neuer bildungspolitischer Sprecher und mit klarer Mehrheit (85 Prozent) stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

Er ist Nachfolger von Hildegard Bentele, Berlins neue starke Frau im europäischen Parlament. Dregger: „Bildung ist ein klarer Schwerpunkt unserer Fraktion. Hier ist Berlin in 23 Jahren unter sozialdemokratischer Verant-



Burkard Dregger, Hildegard Bentele und Dirk Stettner bei der Amtsübergabe.

wortung weit zurückgefallen, die Bildung steckt in ihrer vielleicht größten Krise. Tausende Schul-

plätze fehlen, jedes Jahr verlassen 3000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss. Ich freue mich, dass wir mit Dirk Stettner einen leidenschaftlichen Mitstreiter haben, der sich um die Zukunftsthemen Bildung und Digitalisierung mit ganzer Kraft einsetzen wird.“ Neuer Arbeitskreisleiter wurde Adrian Grasse.

So geht's nicht, Frau Senatorin!

Das neue Schuljahr – ist für viele Schulkinder ein großes Wiedersehen nach den Sommerferien – und bedeutet für die Schulanfängerinnen und Schulanfänger, aber auch für ihre Eltern den Start in einen neuen Lebensabschnitt. In den letzten Jahren bedeute es aber auch für die bezirklichen Schulämter vor allem eine enorme Mehrbelastung auf Grund von immer weniger zur Verfügung stehenden Schulplätzen. Die gute Nachricht zuerst: Allen Kindern konnte ein Schulplatz angeboten werden, die schlechte ist: Dieser ist nicht immer an der Wunschschule. Auch Eltern, Schulleitungen, Lehrkräfte sowie Erzieherinnen und Erzieher sind verunsichert. Dabei kann man doch eigentlich stolz darauf sein, wenn man zu den „wachsenden Bezirken“ gehört. Selbst dort, wo eigentlich Gutes gewollt wird, indem für alle Grundschul Kinder das Mittagessen „kostenbeteiligungsfrei“ angeboten wird, holpert die Umsetzung. In der zuständigen Senatsverwaltung hat sich scheinbar niemand Gedanken gemacht, wie die Praxis funktionieren soll. Ergebnis: An Schulen in meinem Bezirk Treptow-Köpenick essen

Schulkinder in bis zu sechs Schichten von 11 bis 14.30 Uhr „zu Mittag“. Am anderen Ende der Stadt in Spandau wird die Schulspeisung sogar im Zelt eingenommen. Die Berliner Medien überschlagen sich derweil mit Horrormeldungen von tausenden fehlenden Schulplätzen, erschütternd schlechten Platzierungen unter den Bundesländern oder dem Mangel an „echten“ voll ausgebildeten Lehrern. Man kann niemandem erklären, dass die sechs Jahre zwischen Geburt und Einschulung eines Kindes nicht reichen, um ausreichend Schulen und Lehrkräfte für den Schulunterricht bereitzustellen.

Ich war über 30 Jahre im Schuldienst als Lehrerin, Konrektorin und Schulleiterin im Land Berlin an unterschiedlichen Schulen tätig – eine solch chaotische Mangelwirtschaft, wie sie unter Senatorin Scheeres besteht, habe ich noch nie erlebt.



Cornelia Flader, Bezirksstadträtin für Schule in Treptow-Köpenick

Kostenloses Schulessen – ein politischer Schnellschuss

Zum Beginn des neuen Schuljahres jagt eine Katastrophenmeldung die nächste. Neben Lehrermangel, fehlenden Schulplätzen und maroden Gebäuden verschärft der Beschluss des rot-rot-grünen Senats, zum Schuljahr 2019/20 auf Elternbeiträge für das Schulessen der Erst- bis Sechstklässler zu verzichten, die Situation zusätzlich. Jede fünfte Grundschule weiß nicht, wie sie angesichts des erwarteten starken Zuwachses an Essen alle Schüler beköstigen soll.

„Das kostenlose Mittagessen ist ein politischer Schnellschuss, den wieder einmal die



Schulen ausbaden müssen“, erklärt Anna Maria Althelmig, Sprecherin des Jungen Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) Berlin. „Viele Schulen sind weder sächlich noch personell dafür ausgestattet. Nun obliegt es den ohnehin schon stark belasteten Kollegien, neben der Ausbildung von Quereinsteigern eine Lösung für dieses Dilemma aus dem Nichts zu schaffen.“

Bereits in der ersten Schulwoche offenbarte sich das Chaos: Die Essensausgaben dauerten länger als erwartet, Stundenpläne mussten deshalb umgestellt werden – zum Teil zulasten des Unterrichts. völlig unklar sei außerdem, was mit den Kindern geschehe, die nicht in den Mensen essen und

eine Betreuung bräuchten. Auch Thomas Heilmann, Mitglied des Deutschen Bundestages, ärgert sich über die schlechte Planung: „Kein Konzept, Bevormundung und bei der Umsetzung allein lassen – das ist die wenig weit-sichtige Schulpolitik von Rot-Rot-Grün.“ Heilmann gibt auch zu bedenken, dass kostenlos keineswegs sozial bedeuten muss. „Warum sollten etwa gut gestellte Eltern keinen Beitrag leisten? Ein einkommensabhängiger Beitrag würde nicht nur den Kindern zugutekommen, sondern auch die Bezirke und damit ihre Schulen spürbar entlasten“, so Heilmann. Außerdem könnte die Qualität des Schulessens verbessert werden, die laut Althelmig zu wünschen übrig lässt: „Viele Kinder kommen hungrig nach Hause, weil ihnen das Essen schlichtweg nicht schmeckt“, erklärt die Sprecherin des Jungen VBE Berlin. Der Verein befürchtet daher auch, dass in den Schulen nun viel Essen weggeworfen wird, denn „was nichts kostet, das ist nichts wert“.

Heilmann und Althelmig sind sich darin einig, dass die Schulen drängendere Probleme haben. „2020 fehlen voraussichtlich 9.500 bis 26.000 Schulplätze. Vielleicht wird nun eine Doppelnutzung der Mensen in den Morgenstunden als Klassenraum angedacht?“, so Althelmig.



Burkard Dregger: R2G-Bildungskrise spitzt sich dramatisch zu

Wir hätten uns einen besseren Schulstart gewünscht. Die Sommerferien als schönste Jahreszeit endeten mit einem Feuerwerk an Hiobsbotschaften. Berlins Bildungskrise spitzt sich dramatisch zu. Hätte die Koalition unsere Warnungen ernst genommen und unsere Vorschläge umgesetzt, wäre das nicht passiert.

Fast zwei Drittel der neuen Lehrer sind Quer- und Seiteneinsteiger. Alle Berliner Lehrkräfte, die nach Brandenburg wechselten, taten das, weil Berlin immer noch nicht verbeamtet. Das fordern wir schon seit Jahren.

Bis 2021 fehlen – je nach Statistik – auf einmal 26.000 Schulplätze. Der Schulbau stockt. Schon 2017 hatten wir die Probleme vorausgesehen und dagegen ein Sprinterprogramm vorgelegt: schnellere Verfahren, weniger Bürokratie, Prämien bei eingehaltenen Fristen. Von der Koalition wurde das schlicht ignoriert.

Aus Platzmangel müssen Grundschüler heute im Schichtbetrieb und in Zeltprovisorien ihr kostenloses Mittagessen einnehmen. Bei Nudeln mit Ketchup verging abervielen der Appetit. Wir hätten uns mehr Zeit für eine bessere Vorbereitung gewünscht, ebenso mehr Qualität beim Essen.

Diese Krise hat uns SPD-Senatorin Scheeres aufgetischt. Seit mehr als 23 Jahren tragen Sozialdemokraten Verantwortung für die wachsende Bildungsmisere in unserer Stadt. Es gab ungezählte Reformen und immense Investitionen – das Ergebnis ist höchst unerfreulich: Zu viele unserer Schüler können nicht richtig lesen, schreiben und rechnen. Im Leistungsvergleich mit anderen Bundesländern landen sie auf den hinteren Plätzen, es gibt immer mehr Schulabbrecher.



Wir meinen, die Berliner haben Anspruch zu erfahren, welche Auswege es gibt. Unsere Forderung nach einer Regierungserklärung aber hat der Regierende Bürgermeister Michael Müller abgelehnt. Ebenso die Einberufung eines Zukunftsgipfels Bildung. Den organisiert meine

Fraktion nun selbst. Wir können und wollen uns mit dieser Krise nicht abfinden. Die Berliner haben ein Recht auf bessere Bildung, sie ist das Sprungbrett ins Leben. Dafür werden wir uns weiter mit aller Kraft einsetzen.

Es grüßt Sie Burkard Dregger, Vorsitzender der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus

Weniger „echte“ Lehrer als Quer- oder Seiteneinsteiger



Nur 1085 der neuen Lehrer (40%) haben auch eine solche Ausbildung. 60% sind indes Quer- (711) oder Seiteneinsteiger (938).



BESCHLÜSSE

Neben der Neuaufstellung des Landesvorstandes haben die Delegierten folgende Beschlüsse gefasst, die Sie hier in Überschriften finden. Die gesamten Texte finden Sie auf cdu.berlin, wenn Sie dem Verweis am Ende folgen:

Europa in der Berliner Verfassung verankern; **Beitrittsverhandlungen** mit der Erdogan-Regierung endgültig beenden; **Europäisches Bewusstsein** stärken – Europatag an Schulen begehen; Das **Wachstum der Stadt** gestalten – Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gegen populistische, ideologische und radikale Angriffe verteidigen; Erfolgreichen **Tegel-Volksentscheid** umsetzen!; **Clan-Kriminalität** wirkungsvoll bekämpfen – Was jetzt getan werden muss; **Kinderleben** geht vor Gewinnstreben – für den Erhalt der Kinderrettungsstelle; Gegen eine „Politisierung“ des **Mindestlohns**; Unseren **Soldatinnen und Soldaten** den Rücken stärken, Verteidigung in den Fokus der öffentlichen Debatte rücken, Identifikation mit unserem Land fördern; **Jugendoffiziere** unterstützen – sicherheitspolitische Bildung stärken!; **Verbot sogenannter Konversionstherapien** zur „Heilung“ Homosexueller; Das **Unrecht der SED-Diktatur** darf nie in Vergessenheit geraten; **Keine Indexbindung** für den Rundfunkbeitrag; **Funklöcher** melden!; **Leuchtende Fuß- und Radwege** für Berlin; Die Stadt sagt DANKE: **Polizeidenkmal** für Berlin – Würdigung und Gedenken an die Aufopferungen und die Leistungen der Polizistinnen und Polizisten unserer Stadt; **Solidarität mit Israel**: gegen den al-Quds-Marsch

Die Beschlüsse sind abrufbar unter: https://cdu.berlin/image/inhalte/195_beschluesse_des_44_lpt_2019.pdf



Kai Wegner: Berliner CDU wird größte Denkwerkstatt Berlins

Unter dem Motto „Gemeinsam stark. Für Berlin und Europa.“ hat die Berliner CDU auf ihrem 44. Landesparteitag einen neuen Landesvorstand gewählt. Der neue Landesvorsitzende Kai Wegner hat es sich zum Ziel gesetzt,



Jens Spahn, Bundesgesundheitsminister und CDU-Präsidiumsmitglied, war Gastredner.

die Hauptstadtunion „zur größten Denkwerkstatt Berlins“ zu machen.

Trotz des guten Wetters war der Andrang unerwartet groß auf dem 44. Landesparteitag der Berliner CDU Mitte Mai im Neuköllner Estrel-Hotel. Neben den über 300 Delegierten waren zahlreiche Gäste erschienen, um der Wahl des neuen Landesvorstandes beizuwohnen und weni-

ge Tage vor der Europawahl ihre Unterstützung für Spitzenkandidatin Hildegard Bentele zum Ausdruck zu bringen.

Zunächst galt es jedoch, Abschied zu nehmen von Monika Grütters, die die Partei in den vergangenen zweiinhalb Jahren geführt hat. Grütters zog in ihrer Abschiedsrede eine positive Bilanz ihrer Amtszeit und lobte die produktive Zusammenarbeit innerhalb der Berliner CDU. Auch der als Gastredner geladene Bundesgesundheits-

minister Jens Spahn lobte Grütters' Arbeit, insbesondere im Hinblick auf die Öffnung der Partei. Als kleine Geste des Dankes überreichte Generalsekretär Stefan Evers ihr eine limitierte KPM-Vase, die anlässlich des 100. Bauhaus-Jubiläums im Bauhaus-Dekor aufgelegt wurde.

Zum neuen Landesvorsitzenden wurde mit überzeugenden 230 Ja-Stimmen Kai Wegner

gewählt. In seiner Bewerbungsrrede hatte Wegner angekündigt, er wolle „den Berlinerinnen und Berlinern auf den Puls fühlen, authentisch sein und ehrlich an den Menschen interessiert“. Die Berliner CDU müsse wieder zu alter Stärke zurückfinden. „Wenn alle mitmachen, können wir zur größten Denkwerkstatt Berlins werden“, sagte Wegner unter dem Applaus der Anwesenden. Ziel sei die Ablösung des rot-rot-grünen



Stefan Evers überreicht Monika Grütters eine Bauhaus-Vase als Dank für ihre Amtszeit.

Berliner Senats spätestens zur Abgeordnetenhauswahl 2021, so Wegner.

Unterstützt wird Wegner bei seiner neuen Aufgabe von einem frisch gewählten Landes-

vorstand, der durch Kontinuität und Know-How überzeugt. So wurde Generalsekretär Stefan Evers von den Delegierten des Landesparteitages in seinem Amt bestätigt, ebenso wie die stellvertretende Landesvorsitzende Cerstin Richter-Kotowski, Bezirksbürgermeisterin von Steglitz-Zehlendorf. Neu in den



Der neue Vorsitzende nimmt die Glückwünsche der bisherigen Vorsitzenden entgegen.

Landesvorstand gewählt wurden die stellvertretenden Lan-

desvorsitzenden Frank Balzer, Bezirksbürgermeister von Reinickendorf, sowie Falko Liecke, Stadtrat für Jugend und Gesundheit und stellvertretender Bürgermeister von Neukölln. Dr. Manja Schreiner, Hauptgeschäftsführerin der Fachgemeinschaft Bau Berlin und Brandenburg e.V., vormals Beisitzerin im Landesvorstand, wurde ebenfalls zur Stellvertreterin Wegners gewählt. Neuer Schatzmeister der Berliner CDU ist der Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete Dr. Jan-Marco Luczak. Die frisch gewählte Mitgliederbe-



Die jungen Parteitagsglieder beim Gruppenbild.

auftragte Dr. Otilie Klein komplettiert das Präsidium der CDU Berlin. Zu Beisitzerinnen und Beisitzern im Landesvorstand wurden (wieder) gewählt: Lucas Schaal, Ralf Olschewski, Dr. Clemens Escher, Ayten Erdil, Björn Wohlert, Judith Stückler, Sabine Schumann, Ulrike Billerbeck, Prof. Monika Grütters, Corne-

lia Flader, Kurt Wansner und Wilfried Nünthel. Außerdem gehören der Ehrenvorsitzende Eberhard Diepgen, der Fraktionsvorsitzende Burkard Dregger und die Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin, Cornelia Seibeld, sowie Landesgeschäftsführer Dirk Reitze dem Landesvorstand an.



Der Landesvorsitzende 1 Kai Wegner, der Generalsekretär 2 Stefan Evers, vier stellvertretende Vorsitzende 3 Cerstin Richter-Kotowski, 4 Dr. Manja Schreiner, 5 Frank Balzer und 6 Falko Liecke; der Schatzmeister 7 Dr. Jan-Marco Luczak und die Mitgliederbeauftragte 8 Dr. Otilie Klein. Den neu gewählten Vorstand komplettieren die zwölf Beisitzer: 9 Ulrike Billerbeck, 10 Ayten Erdil, 11 Cornelia Flader, 12 Sabine Schumann, 13 Judith Stückler, 14 Dr. Clemens Escher, 15 Prof. Monika Grütters, 16 Ralf Olschewski, 17 Lucas Schaal, 18 Björn Wohlert. Der Fraktionsvorsitzende 19 Burkard Dregger. Nicht auf dem Bild: Kurt Wansner und Wilfried Nünthel.

Hildegard Bentele in Brüssel



Die Nachricht für die CDU-Kandidatin Hildegard Bentele kam am frühen Montagmorgen nach der Wahl: Ja, sie wurde ins Europäische Parlament gewählt! Trotz schlechter Prozentzahlen lagen die 229 251 absoluten Stimmen nur geringfügig unter dem Ergebnis von 2014 und sicherte damit im Ranking aller CDU-Landes-

verbände den sicheren Einzug ins Parlament. Und am Dienstag ging es dann auch sofort los nach Brüssel zur ersten Fraktionssitzung. Bentele: „Oberstes Ziel für uns als stärkste Fraktion mit 183 Abgeordneten war, Handlungsfähigkeit zu zeigen und deshalb wählten wir Manfred Weber gleich in der ersten Woche mit

weit über 90% Zustimmung zu unserem Fraktionsvorsitzenden.“

In den darauffolgenden Wochen entfaltete sich insbesondere um die Besetzung des Amtes des Kommissionspräsidenten ein Personal-Krimi ungekannten Ausmaßes. „Für uns EVP-Abgeordnete war es sowohl unverständlich als auch bitter zu sehen, mit welcher Unerbittlichkeit sich der französische Staatspräsident Macron gegen Manfred Weber stellte, und mit welcher Uneinsichtigkeit Sozialdemokraten und Liberale das Spitzenkandidatenprinzip im Parlament unterliefen“, sagt die CDU-Politikerin.

Nur ein unter den Pro-Europäern geeintes Parlament hätte dem Europäischen Rat, der das Vorschlagsrecht hat, die Grenzen aufzeigen können. „Mit Ursula von der Leyen haben wir nun sicher eine überzeugte Europäerin und durchsetzungskräftige Managerin an der Spitze der EU-Kommission“, sagt sie und zeigt sich doch zugleich enttäuscht: „Da wir in dieser Frage aber entschieden für mehr Demokratie und Transparenz geworben hatten, bleibt für uns ein bitterer Nachgeschmack



In diesen Koffern werden die Unterlagen der Abgeordneten zwischen Brüssel und Straßburg transportiert

und eine offene Baustelle.“ Ab September beginnen nun die Ausschuss- und insbesondere die Haushaltsberatungen sowie die Anhörungen der zukünftigen Kommissare. „Als Berliner Abgeordnete“, sagt Hildegard Bentele, „habe ich einerseits die Nachfolge von Joachim Zeller im Entwicklungsausschuss angetreten und erfreulicher Weise stellvertretende Mitgliedschaften im Industrie- und im Umweltausschuss neu gewinnen können, in denen viele Themen verhandelt werden, die für Berlin wichtig sind.“ Sie betont: „Die Brücke zu bauen zwischen Berlin und Brüssel, das ist eines meiner Ziele als Europa-Abgeordnete und deshalb freue ich mich, dass wir schon die Reise einer ersten Besuchergruppe nach Brüssel organisieren werden können.“

Der Senat muss die Grundsteuer senken!

Finanzsenator Kollatz (SPD) hat angekündigt, nach Inkrafttreten der Grundsteuerreform den Hebesatz in Berlin von 810% auf 600% zu senken. Was wie eine gute Nachricht klingt, entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als dreiste Mogelpackung.

dort die Hebesätze gesenkt werden, denn das Steueraufkommen von 14,8 Mrd. Euro soll unverändert bleiben. Besonders in



Schon heute liegen die Hebesätze deutscher Großstädte unter dem künftigen Berliner Niveau: in Bremen bei 572% und in Hamburg bei 540%. München berechnet sogar nur 535 Prozent. Nach der Reform dürften auch

Großstädten würde die neue Berechnungsmethode jedoch zu deutlichen Mehrbelastungen führen. München diskutiert da-

her eine Senkung auf 450% - ein Viertel weniger Steuerbelastung als in Berlin vorgesehen.

Der Senat beweist mit seinem Vorschlag einmal mehr, dass er an einer wirklichen Entlastung der Mieterinnen und Mieter – auf diese wird die Grundsteuer komplett umgelegt – sowie der Besitzer von Einfamilienhäusern und Eigentumswohnungen in Berlin nicht interessiert ist. Ich fordere den Senat auf, die Grundsteuer deutlich stärker zu senken. Zusätzlich muss der Senat

dafür Sorge tragen, dass die Neuberechnung nicht zu einer Überlastung der Finanzämter führt. Die Union hatte dazu eine Öffnungsklausel in dem neuen Gesetz durchgesetzt. So können die Bundesländer erstmals eigene, einfachere Berechnungsmodelle anwenden. Bayern und Hessen haben bereits angekündigt, diesen Spielraum zu nutzen.



Frank Steffel MdB; Stellv. Mitglied im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages

Mietendeckel spaltet die Stadt



Der Mietendeckel kommt. Trotz massiver Kritik hat der Senat Mitte Juni ein entsprechendes Eckpunktpapier beschlossen. Danach sollen eine allgemeinverbindliche Miete staatlich festgelegt und Mietsteigerungen für fünf Jahre verboten werden. Modernisierungen müssen künftig staatlich vorab genehmigt werden. Dr. Jan-Marco Luczak, Mietrechtsexperte der Union, sagt: „Um nachhaltig den Mietenanstieg zu dämpfen, müssen wir mehr, schneller und kostengünstiger bauen. Der Mietendeckel ist hingegen eine populistische Scheinlösung. Dringend benötigter Neubau wird verhindert und das Problem steigender Mieten so verschärft.“ Zugleich wügte er alters- und klimagerechten Umbau ab. Der Mietendeckel torpediere damit alle Anstrengungen im Klimaschutz und erschwere die Bewältigung des demographischen Wandels. Private Kleinvermieter aber auch Wohnungsgenossenschaften, die in den letzten Jahren aus sozialer Verantwortung auf Mieterhöhungen

verzichtet haben, werden bestraft und in einen Topf mit renditeorientierten Aktiengesellschaften gesteckt. „Das ist ungerecht und spaltet unsere Stadt!“, so der in Tempelhof-Schöneberg direkt gewählter Bundestagsabgeordneter verärgert.

Mieter und Vermieter sind angesichts der rot-rot-grünen Pläne zutiefst verunsichert. Investoren hinterfragen, ob sie noch in Berlin bauen oder modernisieren können, stellt Luczak fest, der zugleich Vorsitzender der Berliner CDU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag. Mietern drohen Nachzahlungsforderungen sowie Kündigungen, Berlin sieht sich Staatshaftungsansprüchen gegenüber. Diese Rechtsunsicherheit ist aus Sicht des Rechtspolitikers Luczak unhaltbar: „Ich habe größte Zweifel, ob der Mietendeckel verfassungsgemäß ist. Deswegen bin ich für eine abstrakte Normenkontrolle beim Verfassungsgericht, damit wir schnell Klarheit bekommen.“

Mehr Bauland für das bezahlbare Wohnen

In Deutschland wird der bezahlbare Wohnraum immer öfter zur Mangelware. Allein Berlin gewinnt jedes Jahr rund 30.000 bis 40.000 Einwohner hinzu. Die Zahl der Wohnungen hält mit diesem Wachstum bisher nicht Schritt. Die Folge sind angespannte Wohnungsmärkte und steigende Mieten. Der Flaschenhals für den Neubau sind oftmals fehlende Baugrundstücke. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung eine Expertenkommission eingesetzt, die sogenannte Baulandkommission. Mit dabei war auch Kai Wegner, der bau- und wohnungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Nach neun Monaten intensiver Beratungen hat die Kommission im Juli dieses Jahres ihre Handlungsempfehlungen vorgelegt. Viele Vorschläge betreffen auch

das Baurecht. „Die Ausweisung von Bauland muss rechtlich leichter möglich sein. Wir brauchen mehr Flexibilität und einfachere Verfahren“, erläutert Kai Wegner. So soll es nach den Vorstellungen der Kommission künftig besser möglich sein, in Baulücken Wohnungen zu bauen. Auch den Dachgeschossausbau und die Aufstockung von Gebäuden möchten die Experten erleichtern. Zudem zielen die Überlegungen auf innerstädtische Industriebrachen und bisher unbebaute Flächen am Stadtrand.

Kai Wegner macht Druck: „Ich möchte das Thema so schnell wie möglich im Bundestag voranbringen. Die Bundesregierung sollte daher noch in diesem Jahr einen



Gesetzesentwurf vorlegen.“ Zugleich stellt Kai Wegner klar, dass neben dem Bund auch die Länder und Kommunen in der Verant-

wortung stehen: „Entscheidend ist, dass es einen kommunalen Willen dazu gibt, neues Bauland zu entwickeln. Diesen Willen können wir nicht in ein Gesetz schreiben.“ Gerade das rot-rot-grüne Berlin habe sich in der Vergangenheit alles andere als mit Ruhm bekleckert. Kai Wegner abschließend: „Die Linkskoalition versagt beim Neubau. Es kommt aber nicht darauf an, den Mangel notdürftig zu verwalten, sondern den Bau neuen Wohnraums zu gestalten.“

Geschichte als Verpflichtung

Wer heute in das Berliner Abgeordnetenhaus in der Niederkirchnerstraße in Berlin-Mitte geht oder den gegenüberliegenden Martin-Gropius-Bau besucht, ahnt noch nicht einmal



mehr, wie tödlich und unwirksam dieser Ort zwischen dem 13. August 1961 und dem 9. November 1989 war (siehe Bild unten).

Anlässlich des 58. Jahrestags des Mauerbaus gedachten nun die CDU-Vorsitzenden Annegret Kramp-Karrenbauer, Kai Wegner und Ingo Senftleben gemeinsam der Opfer der deutschen Teilung. Die Bundesvorsitzende

sagte in ihrer Rede: „Wir sind heute ein wiedervereintes Volk und wir sind denjenigen dankbar, die für die Freiheit gekämpft haben.“ In sehr persönlichen Worten mahnte der Landesvorsitzende der Brandenburger CDU und Spitzenkandidat zur Landtagswahl, Ingo Senftleben, besonders auch heute für Frieden und Freiheit einzutreten. Sein Berliner Vorsitzenden-Kollege Kai Wegner hob hervor: „Wir dürfen die Geschichte der Teilung niemals vergessen. Das schulden wir nicht nur den zahlreichen Opfern der SED-Diktatur, sondern dies ist auch Verpflichtung für nachfolgende Generationen.“

Für das Aufarbeiten und Gedenken der jüngeren deutschen Vergangenheit ist im Bundeskabinett die Staatsministerin für Kultur und Medien zuständig. Die Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete

Monika Grütters erklärte zum Jahrestag: „Die Berliner Mauer ist in die Geschichte eingegangen als Schandmal der Unfreiheit und Unterdrückung. Wir erinnern an die Gräueltaten des SED-Regimes, das seine Bürger bespitzelte und einsperrte. Und wir erinnern an all jene, die unter Einsatz ihres Lebens für das Ende dieser Unfreiheit und der deutschen Teilung gekämpft haben.“ Grütters weiter: „Die Geschichte der Mauer mahnt uns, in der Gegenwart und in Zukunft nicht leichtfertig auf



Spiel zu setzen, wofür wir in der Vergangenheit hart gekämpft haben: für Einigkeit und Recht und Freiheit in Deutschland und in einem geeinten Europa.“



Gedenkveranstaltung an der Glienicker Brücke



Innerdeutsche Grenze und Berliner Mauer

Ab Anfang der 50er Jahre riegelte die DDR die 1400 km lange Grenze zur Bundesrepublik sukzessive ab. Langfristig entstand ein tief gestaffeltes Grenzsystem, das u.a. mit rund 30.000 Grenzsoldaten mit Schießbefehl, 1,3 Millionen verlegten Landminen, 3000 auf Menschen abgerichteten Hunden und 55.000 Selbstschussanlagen eine Flucht der Bürger aus der DDR verhindern sollte. Offiziell deklarierte die DDR-Führung die Grenzanlagen zum „antifaschistischen Schutzwall“, der vor Übergriffen aus dem Westen

schützen sollte. Das letzte „Loch“ in der innerdeutschen Grenze blieb vorerst West-Berlin. Obgleich der Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht noch kurz zuvor im Hinblick auf Berlin beteuert hatte: „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“, wurde am 13. August 1961 die Berliner Sektorengrenze abgeriegelt und mit dem Mauerbau begonnen. Mindestens 139 Menschen wurden bis zum Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989 bei dem Versuch, diese zu überwinden, ermordet. Heute erinnern zahlreiche Denkmäler in der Stadt an ein unmenschliches Grenzsystem und dessen Opfer.

Berliner unterstützen Forderung der CDU zum Tempelhofer Feld

Viel hat sich am Berliner Wohnungsmarkt seit Frühjahr 2014 verändert, als eine Mehrheit der Berliner bei einem Volksentscheid gegen eine Bebauung des Tempelhofer Feldes stimmte.

Allein von Ende 2014 bis Ende 2018 ist die Zahl der Einwohner Berlins um knapp 200.000 Menschen gewachsen, Tendenz weiter steigend. Wohnraum in der Stadt wird so immer knapper und nachfragebedingt

explodieren die Mieten. Auch die Preise für Bauland steigen. Sie haben sich von durchschnittlich 384 Euro/qm im Jahre 2014 auf 695 Euro/qm Ende 2018 fast verdoppelt.

Um den Bürgern ausreichend bezahlbaren Wohnraum in der rasch wachsenden Metropole zur Verfügung zu stellen, hält die CDU Berlin eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes seit längerem für sinnvoll. Sie hat dabei allerdings auch immer klargestellt,

dass eine Entscheidung hierüber von den Bürgern im Rahmen einer Volksbefragung getroffen werden sollte.

Die Chancen für einen Erfolg bei einer solchen Befragung stehen gut: Eine repräsentative Umfrage des Tagespiegels im Juli dieses Jahres ergab, dass sich zwei Drittel der befragten Berliner für eine Randbebauung aussprechen. Neue Situationen erfordern neue Entscheidungen!



Bereits im Mai 2014 warben Kai Wegner und Stefan Evers beim Volksentscheid für eine Randbebauung des Tempelhofer Feldes.

Erste DENK-WERK-STADT - Sie bestimmen die Themen!

Dieses Lob ist mehr als der Berliner gemeinhin verträgt. Stephan A., Teilnehmer an der ersten DENK-WERK-STADT, schreibt: „Ich hatte das Vergnügen, teilzunehmen und beglückwünsche Sie. Ich fand das Format sehr spannend.“

In der Tat diskutierten über 100 Mitglieder und Gäste wie die CDU Berlin sich auf dem Weg zu den Berlin-Wahlen 2021 am besten inhaltlich aufstellen soll. Dabei wurden gleich zu Beginn die Themenschwerpunkte des Abends per Abstimmung festgelegt, nämlich Bildung und Sicherheit. Berlin hat in den letzten Jahren unter Rot-Rot-Grün zahlreiche Negativrekorde gebrochen, etwa als bundesweiter Spitzenreiter bei Mietsteigerungen, als Bildungsschlusslicht sowie als deutsche



Stau- und Kriminalitätshauptstadt. Wie kann man die bestehenden Probleme lösen und unsere Stadt positiv verändern? Kai Wegner hatte bereits bei seiner Wahl zum Landesvorsitzenden im Mai angekündigt, „die Union zur größten Denkwerkstatt Berlins“ zu machen. Auf der ersten Veranstaltung in Charlottenburg bat Wegner nun die Anwesenden, „ohne Scheuklappen und Hemmungen alles anzusprechen und zu diskutieren.“

Zum Gespräch und an den Tischen waren neben Kai Wegner und Stefan Evers weitere Mitglieder des Landesvorstandes anwesend und zwar Landesschatzmeister Dr. Jan-Marco Luczak, Mitgliederbeauftragte Dr. Ottilie Klein, Dr. Clemens Escher, Lucas Schaal und Ralf Olschewski.

Mehr praktische Erfahrung in der Hebammenausbildung

Hebammen helfen beim Start ins Leben. Dafür brauchen sie die bestmögliche Ausbildung – theoretisch, vor allem aber auch praktisch. Angesichts der von der EU vorgeschriebenen Akademisierung der Hebammenausbildung setzt sich die Frauen-Union Berlin dafür ein, die praktische Erfahrung in der Ausbildung deutlich zu stärken.

„Wir fordern mehr praktische Erfahrung für einen besseren Start in die Selbstständigkeit für Hebammen zum Wohle der Mütter und deren Neugeborene“, erklärt Edeltraut Töpfer, Landesvorsitzende der Frauen-Union (FU) Berlin. In einem Antrag an den Bundesdelegiertentag der Frauen-Union der CDU Deutschlands fordert die FU Berlin, dass erfolgreiche Absolventinnen des vorgeschriebenen Studiums zunächst als „Hebamme in der Anerkennung“ 200 Geburtsvorgänge in einer Klinik durchführen,

bevor die Ausbildung abgeschlossen ist und sie die Berufsbezeichnung „Hebamme“ führen dürfen. Hintergrund dieser Forderung ist die von der EU vorgeschriebene Akademisierung der Hebammenausbildung, deren berufspraktischer Teil aus Sicht von Experten nicht ausreichend ist, um sicher und eigenständig die Vielfalt der geburtshilflichen Anforderungen erfüllen zu können.

„In Gesprächen machten Hebammen und Klinikleitungen deutlich, dass viele Hebammen nach dem erfolgreichen Abschluss eines bereits jetzt

möglichen Bachelor-Studiums keine ausreichenden praktischen Erfahrungen bei der Durchführung von Geburten erwerben“, heißt es in dem Antrag der FU Berlin. Die von der FU Berlin geforderte Anerkennungsphase von Hebammen in Kliniken soll dazu beitragen, diese Lücke auszugleichen und eine qualitativ hochwertige Hebammenversorgung zu gewährleisten.



Berlin brennt...

und keiner kommt löschen! Diese erschreckende Vorstellung könnte auf Grund des dramatischen Personalmangels bei der Feuerwehr bald Wirklichkeit werden. Mit ihrer gleichnamigen Aktion wollen Berliner Feuerwehrleute auf die zum Teil dramatischen Bedingungen ihrer Arbeit hinweisen.

Um mehr notwendige Bewerber für den Job zu gewinnen und die Abwanderung in andere Bundesländer zu stoppen, fordern die Feuerwehrleute eine Erhöhung der Feuerwehrlöhne. Den belastungsbedingt hohen Krankenstand wollen sie durch eine



Flexibilisierung der Dienstpläne reduzieren. Und die hohe Zahl von 200-500 Fehleinsätzen pro

Tag soll durch Entbindung eines unausgereiften, aber verbindlich zu nutzenden Computerprogramms vermieden werden. Unsere Feuerwehr weiß die CDU Berlin bei ihrem Kampf für ausreichend Personal an ihrer Seite. Damit auch in Zukunft jemand löschen kommt, wenn es brennt!

Kai Wegner ist nahezu jeden Tag vor Ort – in diesen Wochen aber mit mehr als nur einem Termin pro Bezirk und meist mit Medienbegleitung. Jeweils einen Tag in jedem Kreisverband erkundet er seit den Sommerferien auf seinen Bezirkstouren, „wo den Menschen der Schuh drückt“. Zwölf Bezirkstouren durch ganz



Mit Bezirksbürgermeister Frank Balzer, dem Vorstandsvorsitzenden der GESOBAU, Jörg Franzen, und dem Wahlkreisabgeordneten Michael Dietmann im Märkischen Viertel.

Berlin. „Ich will in die Kieze rein, mir die Problemlagen anschauen und zuhören“, sagte er.

Auf den bisherigen Stationen der Bezirkstouren in Reinickendorf, Lichtenberg, Friedrichshain-Kreuzberg und Spandau



Am Bahnhof Karlshorst mit Alexander Kaczmarek, Deutsche Bahn, und CDU-Kreisvorsitzenden Prof. Dr. Martin Pätzold und dem CDU-Abgeordneten Danny Freymark.

Wie entstehen Gesetze? Was macht ein Bundestagsabgeordneter? Warum gibt es verschiedene Mehrwertsteuersätze? Spannende Fragen, die irgendwann Thema in den PW-Kursen der Berliner Schulen sind. Gerne beantwortet diese und andere Fragen Klaus-Dieter Gröhler aus der Perspektive des Wahlkreisabgeordneten von Charlottenburg-Wilmersdorf.

Schulklassen aus seinem Wahl-



Wegner vor Ort

besuchte er u.a. das Technische Hilfswerk, ein kommunales Wohnungsunternehmen, ein Krankenhaus, einen BVG-Betriebshof und sprach mit zahlreichen Bürgern auf der Straße. Wegner hört zu, fragt, gibt seine Einschätzung ab und notiert zahlreiche Ideen und Wünsche. „Rot-Rot-Grün spaltet die Stadt in Innenstadt und Randbezirke“, stellt der gebürtige Spandauer in einem ersten Fazit fest. Die Menschen wollten keine Ideologien, sondern pragmatische Politik mit Lösungen für ihre alltäglichen Probleme. Seine Partei, die CDU, müsse in dem vielfältigen Berlin sowohl Großstadt – als auch Kiezpartei sein. Die Bezirkstouren liefern für die

konkrete Ausgestaltung dieses Anspruchs – neben den gegenwärtig stattfindenden Regional-

konferenzen mit den Mitgliedern der Berliner CDU – wesentliche Impulse.

CDU lobt 1.000 Euro aus

Allein im vergangenen Juli gingen 64 Autos in Berlin in Flammen auf. Die CDU Berlin hat 1000 Euro Belohnung für Hinweise ausgelobt, die zur Ergreifung der Täter führen. Die CDU Neukölln hat den Betrag um weitere 200 Euro aufgestockt. Es ist nicht hinnehmbar, dass Kriminelle seit Jahren auf diese Weise immer wieder Menschen in Gefahr bringen und ihr oft kostbarstes Eigentum zerstören!



Mit Timur Husein und Kurt Wansner bei Autowracks am Chamissoplatz.

Schulklassen zu Besuch im Bundestag

kreis sind herzlich zu einem Rundgang durch die Gebäude des Bundestages, einer Diskussion über politische Themen oder einer Teilnahme an einer Plenarsitzung eingeladen.



Wollen Sie auch den Bundestag besuchen?

Terminvereinbarungen telefonisch unter 227-77805 oder E-Mail: klaus-dieter.groehler@bundestag.de.

Sollte man gesehen haben



Ein Parteitag mit Schwung bringt ein Video mit Schwung hervor.



Die CDU gedenkt der Opfer; Veranstaltungsvideo mit historischem Rückblick.



Nah dran – die CDU Fraktion im Kiez. Burkard Dregger und Dirk Stettner vor Ort.



„BUNT UND SCHWARZ PASSEN ZUSAMMEN“

So sonnig und ausgelassen die Stimmung zum Christopher-Street-Day in Berlin war, so brutal waren die dieser Kundgebung zugrunde liegenden Ereignisse ziemlich genau vor 50 Jahren in der New Yorker Christopher Street. Damals lehnten sich Homosexuelle und andere sexuelle Minderheiten beim sogenannten Stonewall-Aufstand am 28. Juni 1969 gegen Polizeivillkür auf.

An die lange Geschichte des Streitens um Gleichberechtigung erinnerte auch LSVD-Geschäftsführer Jörg



Steinert beim Empfang der Berliner LSU nach den Grußworten des Berliner CDU-Vorsitzenden Kai Wegner und Generalsekretär Stefan Evers in der CDU Landesgeschäftsstelle, wo auch in diesem Jahr anlässlich des CSD mit der Regenbogenfahne beflaggt wurde. Zum ersten Mal wurde das farbenfrohe Tuch anlässlich des CSD an der CDU Bundesgeschäftsstelle gehisst und begrüßt damit die vorbeiziehenden Trucks des Umzugs.

Traditionell mit dabei der Wagen der LSU Berlin. Deren Landesvorsitzender Mario Röllig erklärt: „Das Hissen der Fahnen vor dem Konrad-Adenauer-Haus zum ersten Mal anlässlich des CSD zeigt, dass die Bundes CDU damit auch ein deutliches Zeichen gegen Homophobie, gegen Diskri-

CDU nimmt sich grünen Stadtrat vor

Obgleich die Bezirksverordnetenversammlung ihm den Auftrag gab, setzte er ihn nicht um. Und jetzt titelt der Tagesspiegel: „Die undurchsichtigen Geschäfte des Florian Schmidt“

Schmidt ist ein streitbarer Bezirksstadtrat, der sich schon mal die Welt so macht, wie er sie gern



hätte. So sorgte eine Begegnungszone mit grünen Punkten, Tempo 20 und den gelben Sitzbuchten seit Monaten für Ärger in Friedrichshain-Kreuzberg. Darauf hatte die Bezirksverordnetenversammlung beschlossen, die Parklets in der Bergmannstra-

ße abzubauen. Was der grüne Stadtrat nicht umsetzte. Vor der Sommerpause sprach ihm nun auf Initiative der CDU die BVV von Friedrichshain-Kreuzberg offiziell eine „Missbilligung“ aus – mit Stimmen aller Fraktionen, nur nicht der der Grünen. Timur Husein, CDU-Kreisvorsitzender und zugleich BVV-Fraktionschef, mahnte in der Sitzung den umstrittenen Stadtrat: „Wenn es einen Antrag gibt, der von der Linken bis zur CDU getragen wird, dann muss es bei Ihnen doch klingeln.“



Größeres Ungemach zieht für den Grünen-Politiker nun nach der Sommerpause auf. Wie der

Tagesspiegel enthüllte, wolle Schmidt mit einem riskanten



Rechtskonstrukt Häuser dem Markt entreißen. Selbst in der eigenen Koalition zeige man sich „geschockt“. Die Zeitung deckt dabei Verbindungen zur Links-Partei und einem Stasi-Offizier auf. Der CDU-Generalsekretär Stefan Evers kommentiert das deutlich: „Was für ein unerträglicher, grün-dunkelroter Sumpf! Was für eine unsägliche, mafiöse Cliques-Wirtschaft! Und diese Leute rufen: „Wir holen uns die Stadt zurück“ - Gott, Gerichte und die Wähler dieser Stadt mögen uns davor bewahren!“

„Let it Bee“ - Aktion der JU

Weltweit sind mehr als 40 Prozent der Insekten vom Aussterben



bedroht. Bienen gehörten dabei zu den am stärksten gefährdeten Arten. Die Junge Union Reini-

ckendorf hat unter dem Motto „Let it Bee: Insektenschutz in Reinickendorf“ eine bezirksweite Insektenoffensive gestartet, um ein Zeichen gegen das Artensterben zu setzen. Gemeinsam haben die jungen Christdemokraten in den Sommerferien 1.500 insektenfreundliche Saatgutmischungen in den Kleingartenanlagen und Haushalten Reinickendorfs verteilt. „Wildbienen und andere Insekten sind für die Bestäubung



von Pflanzen wichtig. Sie dienen damit dem Erhalt blühender Landschaften“, so der Vorsitzende der Jungen Union Reinickendorf, Marvin Schulz.

minierung und für Rechte von Lesben und Schwulen gesetzt hat.“ Röllig ist sich sicher: „Immer mehr Lesben und Schwule in Berlin wünschen sich statt links, grün und SPD, eher eine bürgerliche Vertretung ihrer Rechte und Interessen. Die LSU ist dafür genau die richtige Vereinigung.“ Der



Unterstützung der LSU in seinem Berliner Landesverband ist er sich sicher: „Wir sind als Lesben und Schwule Teil dieser modernen Großstadtpartei und freuen uns, dass unsere - oft auch kritische Stimme - gehört wird. Für mich ist klar: Bunt und schwarz passen wunderbar zusammen.“

Reinickendorf
Oraniendamm 6-10, Aufgang D, 13469 Berlin, Tel.: 496 12 46
Fax : 496 30 53, info@cdu-reinickendorf.de, www.cdu-reinickendorf.de

Spandau
Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.cdu-spandau.de

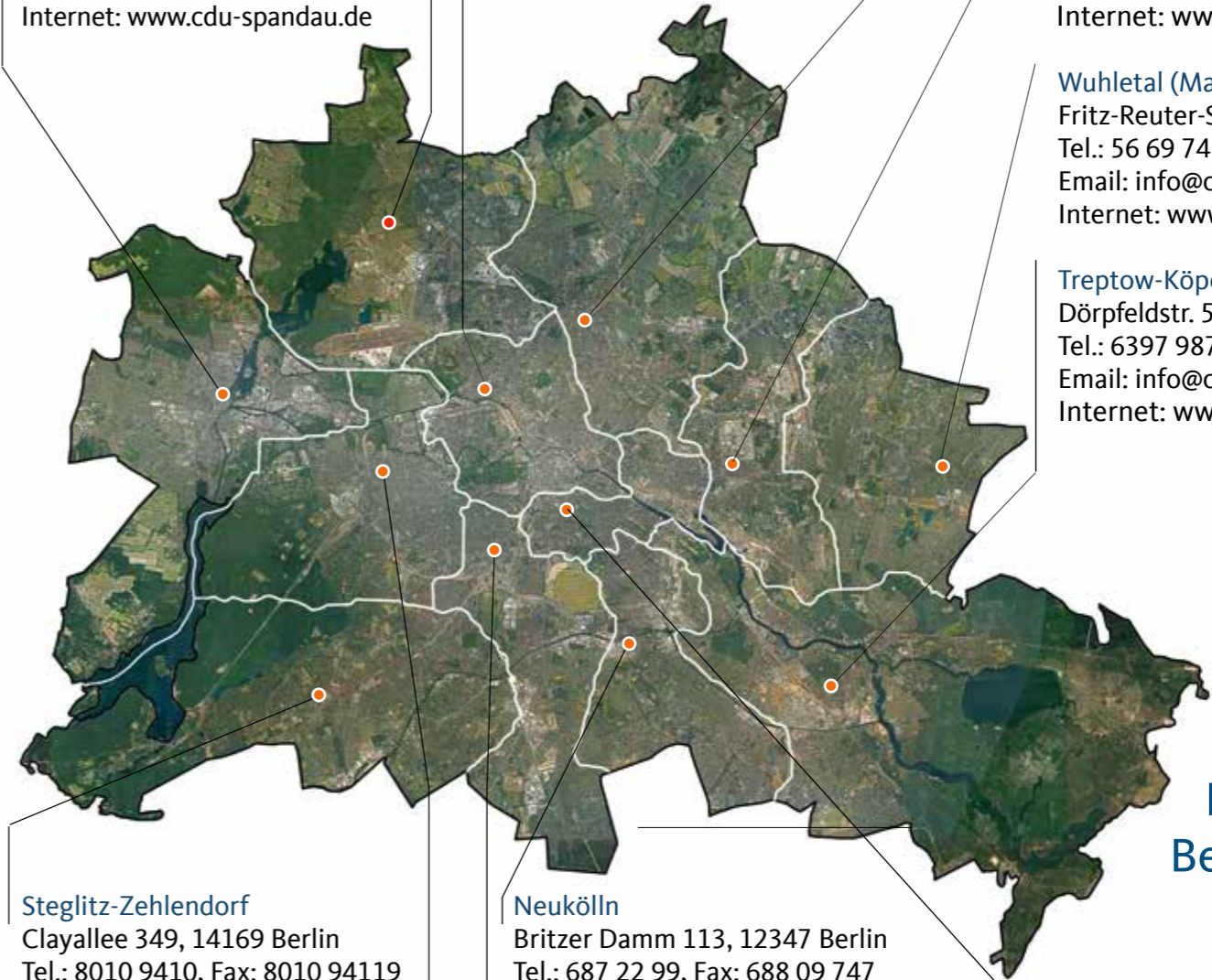
Mitte
Triftstraße 41, 13353 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de
Internet: www.cdumitte.de

Pankow
Berliner Straße 38, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Lichtenberg
Normannenstr. 1-2, 10367 Berlin
Tel.: 5130 51200, Fax: 5130 51209
Email: post@cdu-lichtenberg.de
Internet: www.cdu-lichtenberg.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)
Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 54, Fax: 56 69 74 55
Email: info@cduwuhletal.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Treptow-Köpenick
Dörpfeldstr. 51, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: info@cdu-tk.de
Internet: www.cdu-tk.de



Die CDU in den Berliner Bezirken

Steglitz-Zehlendorf
Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 8010 9410, Fax: 8010 94119
Email: kontakt@cdu-sz.de
Internet: www.cdu-sz.de

Neukölln
Britzer Damm 113, 12347 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 688 09 747
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Charlottenburg-Wilmersdorf
Rathaus Charlottenburg, Raum 229, Otto-Suhr-Allee 100, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Tempelhof-Schöneberg
Kolonnenstraße 4, 10827 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: info@cdu-ts.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Friedrichshain-Kreuzberg
Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: info@cdu-friedrichshain-kreuzberg.de
Internet: www.cdu-friedrichshain-kreuzberg.de

IMPRESSUM CDU-Landesverband Berlin, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin, Tel.: 030 - 32 69 04 -0, Fax: 030 - 32 69 04 -16; REDAKTIONSLEITUNG: Stefan Evers; CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze; REDAKTION: Oliver Cywinski, Ada Streb;SATZ/BILD: Stefan Liefländer; Druckerei Vettters; BILDNACHWEIS von oben links nach unten rechts: Seite 1: Shutterstock; Seite 2: Pixybay@GerdAltmann; Seite 3: Yves Sucksdorff; Seite 4: iStock@BraunS, CDU Fraktion Berlin, Büro C. Flader, iStock@romrodinka; Seite 5: Shutterstock, Büro B. Dregger; Seite 6-7: 6x D. Reitze; Seite 8: H. Bentele privat, D. Reitze, iStock@danr13, Büro D. Steffel; Seite 9: D. Reitze; Büro J. M. Luczak, T. Schatz; Seite 10: 3x D. Reitze, Roland Arlhelger; Seite 11: 8x D. Reitze; Seite 12: Shutterstock, O. Cywinski, 2x T. Schatz; Seite 13: 2x T. Schatz, Büro K. D. Gröhler; Seite 14: 2x D. Reitze, 3x Kreisverband Friedrichshain-Kreuzberg, 2x JU Berlin; Seite 15: Grafik S. Liefländer mit googlemaps; Seite 16: Grafik CDU Berlin, D. Reitze, Einladungskarte CDU Berlin. Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Erscheinungsweise: erscheint einmal im Quartal.

Eberhard-Diepgen-Preis

Zweite Ausschreibung startet jetzt

Mit dem Eberhard-Diepgen-Preis fördert die Berliner CDU in diesem Jahr nun schon zum zweiten Mal Engagement, das sich um den sozialen Zusammenhalt in Berlin in herausragender Weise verdient gemacht hat.



für alle“, bei dem Kinder, die aus unterschiedlichen Gründen keine Weihnachtsgeschenke erwarten können, Präsente von anonymen Spendern erhalten.

Der ehrenamtliche Besucherdienst der Berliner Malteser ist ein niedrigschwelliges Angebot, das der Vereinsamung von Menschen begegnen sowie Liebe und Fürsorge schenken soll. Dazu gehören auch ein Telefonanrufservice für einsame Senioren und ein Hundebesuchsdienst in Heimen und Hospizen.

Nachdem im vergangenen Jahr zwei Initiativen gewürdigt wurden, die sich für den Zusammenhalt der Generationen einsetzen, sollen anlässlich des 30. Jubiläums des Mauerfalls in diesem Jahr Vereine, Projekte oder Personen ausgezeichnet werden, die nach der Wiedervereinigung entscheidend zum Zusammenwachsen der beiden Teile Berlins beigetragen haben. Bitte

Bei der ersten Preisverleihung im vergangenen Jahr wurden der Verein „Rabauke e. V.“ mit dem mit 4.000 Euro dotierten Hauptpreis und der ehrenamtliche Besucherdienst der Malteser in Berlin mit dem mit 1.000 Euro dotierten Anerkennungspreis ausgezeichnet.

Rabauke e.V. wurde 2007 von Eltern gegründet, die es sich zum Ziel gesetzt hatten, Familien zu helfen, deren Stabilität ins Wanken geraten ist. 2009 eröffnete der Verein ein Sozialkaufhaus. Beworben hatte sich der Verein mit dem Projekt „Weihnachten

CDU Landesverband Berlin, Kleiststr. 23-26, 10787 Berlin



Die Hauptpreisträger 2018 mit der Juryvorsitzenden Dr. Bergmann-Pohl

senden Sie Ihre Bewerbung oder Ihren **Vorschlag für den Eberhard-Diepgen-Preis bis zum**

30. September 2019 an CDU Berlin, Jury Eberhard-Diepgen-Preis, Kleiststr. 23 – 26, 10787 Berlin.

DENKWERK-STADT

EINLADUNG
Donnerstag, 29. August 2019

CDU BERLIN

Werden auch Sie Teil unserer großen DENKWERK-STADT.

Auf dieser zweiten Konferenz möchte die CDU Berlin Sie abermals herzlich einladen, uns Ihre Ideen und Themen mit auf den Weg zu geben und gemeinsam mit uns zu erarbeiten, wie wir Berlin positiv verändern können. Die DENKWERK-STADT tagt am Donnerstag, 29. August 2019, 18.00 – 20.00 Uhr, im Refugio, Lenastraße 3-4, 12047 Berlin. Eine Anmeldung wird erbeten unter 030 / 32 69 04 - 0 oder anmeldung@cdu.berlin. Die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln wird empfohlen.